

N I E D E R S C H R I F T

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität der Stadt Gummersbach vom 03.03.2021 in der Halle 32, Steinmüllerallee 10, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Dirk Helmenstein

Mitglieder

1. stellv. Vorsitzender Kurt Uwe Dick

2. stellv. Vorsitzende Maria Anna Walk

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordnete Ute Fritz-Schäfer

Stadtverordneter Jürgen Marquardt

sachkundiger Bürger Daniel Reichenbach

Stadtverordneter Oliver Kolken

Stadtverordnete Elisabeth Raupach

sachkundiger Bürger Dr. Ing. Frank Lichtmann

Stadtverordneter Joachim Scholz

Stadtverordneter Andreas Dißmann

Stadtverordnete Susanne Valentin

sachkundiger Bürger Axel Friedrichsen

Stadtverordneter Tom Peetz

Verwaltung

Techn. Beigeordneter Jürgen Hefner

VA. Susanne Kaltenbach

VA. Uwe Winheller

VA. Rolf Backhaus

VA. Francis Jovan

VA. Felix Borscz

VA. Michaela Hahne

Gäste

Stv. Konrad Gerads

AM. Stefan Czerny

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

AM. Tim Muñoz Andres

AM. Dr. Ulrich Priesmeier

AM. Christian Teichelmann

Herr Arnold (Presse)

Frau Renate Rexius (ADFC)

Frau Vogt-Katzwinkel

Frau Erler (Planungsbüro VIA, Köln)

Die Niederschrift führt: Michaela Hahne

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: ---

Sitzungsende: 20:40 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Einführung und Verpflichtung der Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger (ohne Vorlage)
- TOP 2 Anträge
- TOP 2.1 Einführung eines städtischen Förderprogrammes für E-Bikes und Lastenräder
Vorlage: 04409/2021
- TOP 2.2 Erlass einer Baumschutzsatzung
Vorlage: 04417/2021
- TOP 2.3 Erlass einer Gestaltungssatzung bei Bebauungsplänen zwecks Verhinderung von sogenannten "Schottergärten"
Vorlage: 04418/2021
- TOP 3 Vorstellung des Klimaschutzmanagers (ohne Vorlage)
- TOP 4 Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Gummersbach
Vorlage: 04468/2021
- TOP 5 Radverkehr in Gummersbach
Vorlage: 04469/2021
- TOP 6 Radverkehrsführung Hückeswagener Straße
Vorlage: 04470/2021
- TOP 7 Vorberatung über die Positionen des Haushaltes 2021 in der Zuständigkeit des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität
Vorlage: 04435/2021
- TOP 8 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 9 Mitteilungen über die Vergabe von Aufträgen im Bereich von 25.000 EUR bis 100.000 EUR
- TOP 10 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

**Einführung und Verpflichtung der Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
(ohne Vorlage)**

Stv. Helmenstein verpflichtet die anwesenden Sachkundigen Bürger AM. Axel Friedrichsen, AM. Daniel Reichenbach, AM. Frank Lichtmann , AM. Tim Muñoz Andres und AM. Christian Teichelmann durch Verlesen der Verpflichtungserklärung und Nachsprechen von dieser durch die Sachkundigen Bürger.

TOP 2

Anträge

TOP 2.1

**Einführung eines städtischen Förderprogrammes für E-Bikes und Lastenräder
Vorlage: 04409/2021**

Stv. Peetz erläutert zum Antrag der Fraktion „Die Linke“, dass bei der Agger Energie eine Förderung in Höhe von 50 € gewährt wird, wenn in Gummersbach ein E-Bike gekauft wird. Stv. Peetz fragt nach, ob solche Fördermittel im Haushalt 2021 oder 2022 bei der Stadt Gummersbach eingeplant sind.

Die Verwaltung führt aus, dass es für das Haushaltsjahr 2021 keinen Deckungsvorschlag hierfür gibt.

Stv. Kolken teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese den Grundgedanken der mit diesem Programm verfolgt wird, unterstützt, allerdings aber in Gummersbach nicht der Bedarf im gewerblichen Bereich gesehen wird.

Nach kurzer Besprechung wird der Antrag zurückgezogen.

TOP 2.2

Erlass einer Baumschutzsatzung

Vorlage: 04417/2021

Stv. Helmenstein gibt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, den vorliegenden Antrag zu begründen.

Stv. Scholz weist darauf hin, dass es früher bereits eine Baumschutzsatzung gab und er es für erforderlich hält, dass in der heutigen Zeit die Hemmschwelle zur Fällung von Bäumen wieder erhöht wird. Stv. Scholz vertritt die Auffassung, dass es eine genaue

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Definition geben muss, wann ein Baum gefällt werden darf. Er sieht in dem Erlass einer Baumschutzsatzung nicht mehr Verwaltungsaufwand und möchte, dass die Baumschutzsatzung wieder eingeführt wird.

Frau Kaltenbach führt hierzu aus, dass zwischen 1985 und 2006 eine Baumschutzsatzung bestand. Diese wurde 1990 modifiziert. 2005 wurde der Antrag gestellt, die Baumschutzsatzung zu überarbeiten bzw. abzuschaffen. Ein entsprechender Vorschlag zur Änderung der Satzung wurde durch die Verwaltung erarbeitet. Dieser Änderungsvorschlag fand keine politische Mehrheit und die Satzung wurde mit Ratsbeschluss vom 22.06.2006 aufgehoben.

Frau Kaltenbach weist ausdrücklich darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand für die Durchsetzung der Baumschutzsatzung, die Bearbeitung der daraus resultierenden Anträge einschl. der notwendigen Ortstermine bei ca. 0,33 Stellen lag und somit als nicht unerheblich einzustufen ist.

Stv. Dick spricht sich für eine Vertagung des Antrags auf Erlass einer Baumschutzsatzung aus.

Stv. Kolken weist darauf hin, dass innerhalb der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht und spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Stv. Helmenstein stellt daher gem. § 13 Abs. 1d der Geschäftsordnung einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich auf eine Vertagung des Tagesordnungspunktes auf eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität.

TOP 2.3

Erlass einer Gestaltungssatzung bei Bebauungsplänen zwecks Verhinderung von sogenannten "Schottergärten"

Vorlage: 04418/2021

Der Antrag auf Erlass einer Gestaltungssatzung bei Bebauungsplänen zwecks Verhinderung der sogenannten „Schottergärten“ wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht.

Stv. Scholz teilt mit, dass er das von Seiten der Stadt Gummersbach zur Sitzung vorgelegte Konzept nicht kurzfristig prüfen kann. Stv. Scholz vertritt die Auffassung, dass eine Festlegung der Gestaltungsmöglichkeiten seiner Meinung nach schon möglich ist. Stv. Scholz spricht sich für die Einführung einer Gestaltungssatzung aus. Er vertritt die Auffassung, dass die Stadt Gummersbach in dem Bereich „Schottergärten“ mehr Aufklärungsarbeit leisten sollte und damit zukünftig nicht mehr so viel in dieser Ausführung gemacht wird. Stv. Scholz ist der Meinung, dass man einen Landschaftsplaner einschalten sollte, um zu prüfen, ob ein Rückbau von bestehenden „Schottergärten“ möglich ist.

Stv. Kolken bestätigt die Ausführungen von Stv. Scholz und weist daraufhin, dass die SPD-Fraktion die sogenannten „Schottergärten“ ebenfalls nicht befürworten.

Stv. Dick teilt mit, dass er den Antrag anders wie die SPD versteht und er dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht folgen kann. Stv. Dick vertritt die Auffassung, dass

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

es aufgrund des Umfangs nicht möglich ist, kurzfristig eine Entscheidung zu treffen und macht daher den Vorschlag, den Antrag zu vertagen.

Stv. Dissmann weist darauf hin, dass es hauptsächlich um die Versiegelung der Flächen geht und das eine versiegelte Fläche auch in „Schottergärten“ zu Niederschlagswassergebühren von Seiten der Stadtwerke herangezogen werden kann.

Stv. Helmenstein stellt gem. § 13 Abs. 1d der Geschäftsordnung einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich auf eine Vertagung des Tagesordnungspunktes auf eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität.

TOP 3

Vorstellung des Klimaschutzmanagers (ohne Vorlage)

Herr Borscz stellt sich als Klimaschutzmanager der Stadt Gummersbach vor und erläutert kurz sein zukünftiges Aufgabenfeld. Die Mitglieder des Ausschusses begrüßen das Engagement der Stadt Gummersbach im Bereich des Klimaschutzes und wünschen Herrn Borscz viel Erfolg.

TOP 4

Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Gummersbach Vorlage: 04468/2021

Herr Winheller berichtet zusammenfassend über die Aktivitäten der Stadt Gummersbach im Bereich Klimaschutz und stellt die zukünftigen Themenfelder vor.

Herr Winheller weist darauf hin, dass für das Klimafolgenanpassungskonzept ein Förderantrag eingereicht wurde. Es sind etwa 55.000 € zu veranschlagen. Für diese Maßnahme erhält die Stadt Gummersbach voraussichtlich eine Förderung in Höhe von 90% vom Land. Der Zuwendungsbescheid wird erwartet.

Herr Borscz ergänzt die Ausführungen mit weiteren Erläuterungen.

Herr Winheller geht zudem auf Themen wie z. B. Waldbrandgefahr und Starkregenmanagement ein.

Bereich Verkehr/Mobilität:

Herr Winheller führt aus, dass die Stadt Gummersbach im Bereich Verkehr/Mobilität vielfältig tätig ist. Dazu zählen z. B. die Errichtung von Querungshilfen, Attraktivierung des ÖPNV, insbesondere der Regionalbahn 25, die barrierefreie Gestaltung von Bushaltestellen und die Einrichtung von Hol- und Bringzonen an Schulen.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Er weist darauf hin, dass die Stadt Gummersbach im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen mit den jeweiligen Schulen zusammenarbeitet. Die Stadt fördert die Elektromobilität durch das Aufstellen von Schnellladesäulen.

Die Stadt Gummersbach befasst sich zudem mit dem Thema Car- und Bikesharing.

Herr Winheller sagt, dass im Haushaltsplan für investive Maßnahmen im Bereich „Nachhaltige Mobilität“ überschläglich 1 Mio. Euro als Ansatz vorhanden sind.

Herr Winheller teilt mit, dass die Stadt mit zwei Anbietern zum Thema Carsharing Kontakt aufgenommen hat. Nach Einschätzung der Verwaltung funktioniert Carsharing dann, wenn ein sehr gutes ÖPNV-Angebot gegeben ist und Parkplatznot besteht. Diese Rahmenbedingungen werden in Gummersbach nicht unbedingt erfüllt.

TOP 5

Radverkehr in Gummersbach

Vorlage: 04469/2021

Herr Jovan informiert darüber, dass der Radverkehr zunimmt und die Nachfrage nach Pedelecs und E-Bikes im Bereich Gummersbach steigt. Es gibt immer mehr Rückfragen nach Abstellmöglichkeiten bzw. Ladestellen.

Er erläutert anhand einer Präsentation die geplanten Radverkehrssanierungs- und Ausbaumaßnahmen. Dabei wird bei allen anstehenden Straßensanierungsmaßnahmen die Integration des Radverkehrs berücksichtigt.

So auch bei den Maßnahmen „Wilhelm-Breckow-Allee“ und der „Dr-Ottmar-Kohler-Straße“. Dies ist jedoch dort aufgrund des Einzugsgebietes des Kreiskrankenhauses und der örtlichen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen nur bedingt möglich.

Herr Jovan erläutert, daß an strategisch sinnvollen Orten Fahrradsammelabstellanlagen geplant bzw. realisiert sind und das damit entstehende „Netz“ mit weiteren Anlagen verdichtet werden soll.

Für die Innenstadt wird durch das Planungsbüro VIA aus Köln ein Radverkehrskonzept entwickelt, das von Frau Dipl.-Ing. Erler vorgestellt wird.

Herr Winheller ergänzt, dass sich das Radverkehrskonzept aktuell auf den erweiterten Innenstadtbereich bezieht. Eine spätere Erweiterung auf andere Bereiche ist vorgesehen.

Hinsichtlich der Einrichtung von Radfahrstreifen bestehen von Seiten der Stv. Dissmann sowie Stv. Scholz anderweitige Auffassungen. Sie favorisieren kombinierte Rad-/Gehwege.

Herr Winheller teilt hierzu mit, dass diese aus verkehrsplanerischer Sicht innerhalb von Ortslagen als unsicherer einzustufen sind und von den Verkehrsbehörden abgelehnt werden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

TOP 6

Radverkehrsführung Hückeswagener Straße

Vorlage: 04470/2021

Frau Erler vom Planungsbüro VIA erläutert, welche Standards bei der Maßnahme bzw. in dem hier zu beplanenden Straßenraum realisiert werden können. Im Ergebnis sind beidseitige Radfahrerschutzstreifen favorisiert und geplant.

In der anschließenden Diskussion wird von verschiedenen Ausschussmitgliedern Kritik an dem Planungsansatz dargestellt. Die Verwaltung erläutert, dass die Einrichtung der geplanten Radfahrerschutzstreifen die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h erfordert. Diesbezüglich sind Abstimmungen mit den Verkehrsbehörden geplant.

Im Zuge der Sanierung werden alle Bushaltestellen sowie Querungen barrierefrei ausgebaut. Um zusätzlich Geschwindigkeiten zu reduzieren sowie sicheres Queren zu ermöglichen sind im gesamten Verlauf weitere Querungshilfen geplant.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragen diese, die Straßenraumplanung „Hückeswagener Straße“ auf der Grundlage des vorgestellten Konzeptes ausführungsfähig weiter zu entwickeln.

TOP 7

Vorberatung über die Positionen des Haushaltes 2021 in der Zuständigkeit des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität

Vorlage: 04435/2021

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich empfohlen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität empfiehlt für die Positionen des Haushaltsplanes 2021, die in seiner Zuständigkeit liegen, dem Rat die Beschlussfassung.

TOP 8

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen im öffentlichen Teil vor.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Nicht öffentlicher Teil:

TOP 9

Mitteilungen über die Vergabe von Aufträgen im Bereich von 25.000 EUR bis 100.000 EUR

Es lagen keine Auftragsvergaben vor.

TOP 10

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen im nicht öffentlichen Teil vor.

gez.

Dirk Helmenstein
Vorsitz

gez.

Jürgen Hefner
Techn. Beigeordneter

gez.

Michaela Hahne
Schriftführung